

II-7522 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr 3676 N

1992 -10- 2 1

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Helga Konrad
und Genossen
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten
betreffend Deutschlehrer am österreichischen Kulturinstitut in Paris

Seit längerer Zeit gibt es eine rechtliche Auseinandersetzung zwischen drei langjährig am französischen Kulturinstitut in Paris beschäftigten Deutschlehrerinnen (Waltraud Boudjoulian, Maria Briand und Elisabeth Ellmer) und dem österreichischen Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten.

Dabei wurde vom österreichischen Außenministerium zeitweise auch der Standpunkt vertreten, wonach es sich bei den langjährig beschäftigten drei Lehrerinnen um selbständige Unternehmerinnen im Sinne eines Werkvertrages handle.

Dem gegenüber stand der Standpunkt der Deutschlehrerinnen, daß sie als Dienstnehmerinnen anzusehen seien und somit das österreichische Kulturinstitut und die österreichische Vertretungsbehörde in Paris ihnen die dementsprechenden sozialen Rechte zusagen müßte.

In diesem Zusammenhang sind bereits Verfahren bei französischen Gerichten anhängig und auch die französische Presse hat über diese Fälle berichtet.

Nach den vorliegenden Berichten wurden vom französischen Außenministerium auch schon drei Verbalnoten zur Klärung dieser Situation an das österreichische Außenministerium geschickt.

In jüngster Zeit gab es Signale aus dem Außenministerium, daß es sich in den vorliegenden Fällen zwar wirklich um volle Lehrverpflichtungen handle, weshalb durchaus der Status als Dienstnehmer gerechtfertigt wäre. Allerdings würden von seiten der Deutschlehrerinnen exorbitante Forderungen gestellt, die weit über dem Niveau etwa des vergleichbaren Goethe-Institutes der Bundesrepublik Deutschland lägen.

Ein derartiger öffentlich ausgetragener Streit dient sicher nicht dazu, das Ansehen Österreichs in Frankreich zu fördern. Andererseits ist der Standpunkt des Außenministeriums

einleuchtend, wenn er dahingehend lautet, daß exorbitante Forderungen nicht zu Lasten der österreichischen Steuerzahler befriedigt werden können.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten nachstehende

Anfrage:

1. Wie stellt sich aus Ihrer Sicht der vorliegende Sachverhalt dar ?
2. Wie lautet aus der Sicht Ihres Hauses die rechtliche Beurteilung der in der Begründung genannten Rechtstreitfrage ?
3. Ist Ihnen bekannt, wie vergleichbare arbeitsrechtliche Regelungen beim deutschen Goethe-Institut gestaltet sind ?
4. Wie viele Verbalnoten hat es von seiten des französischen Außenministeriums an das österreichische Außenministerium in dieser Sache gegeben und wie lauten dieselben ?
5. Welche Presseberichte sind Ihrem Haus in der vorliegenden Causa bekannt und sind Sie bereit, diese im Original der Anfragebeantwortung beizulegen ?